

Träger sehen das „soziale Solingen“ in Gefahr

Wohlfahrtsverbände sowie Forum Jugend und Soziales rufen zu Protestmarsch und Kundgebung auf. Viele Angebote seien spätestens nächstes Jahr nicht mehr finanzierbar.

Von Simone Theyßen-Speich

Solingen. Die Lage ist nicht nur kritisch, sie ist dramatisch. „Die ganze Gesellschaft leidet unter den desaströs ausblutenden Systemen“, formuliert Ulrike Kilp, Geschäftsführerin der Solinger Diakonie. Und Caritas-Chef Dr. Christoph Humburg unterstreicht: „Im sozialen Bereich werden Träger aufgeben müssen. Unser Aufruf jetzt ist ein Akt der Verzweiflung.“

Stellvertretend für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege legen die beiden Verbandsvertreter den Finger in die Wunde. Unter dem Motto „Solingen bleib(t) sozial! Wir sind am Limit!“ rufen sie deshalb zu einem Protestmarsch mit Kundgebung am Samstag, 21. Oktober, auf.

Schon seit langem sei das System für Kitas, Offener Ganztags, Pflege und Beratungsstellen nicht auskömmlich finanziert. „Seit diesem Jahr mit zwei hohen Tarifabschlüssen im Sozial- und Erziehungsdienst ist es aber komplett ge-



Caritas-Geschäftsführer Dr. Christoph Humburg (v. l.), Diakonie-Geschäftsführerin Ulrike Kilp und Nurten Öztürk von der AG Freie Wohlfahrtspflege beschreiben die dramatische Situation. Foto: Christian Beier

kippt“, skizziert Ulrike Kilp. Zwischen 11 und 14 Prozent Mehrkosten seien alleine durch gestiegene Gehälter angefallen. „Das Land muss seine Finanzierung da dringend anpassen. Sonst kippen viele Angebote.“

Einschnitte sind schon jetzt erkennbar

Eindrucksvoll beschreiben die Träger, was das für Solingen bedeuten würde: Kinder könnten nicht mehr in qualitativen

Kitas und Ganztagsangeboten betreut werden. Bricht das weg, stünden Eltern alleine da – und dem Arbeitsmarkt unter Umständen nicht mehr zur Verfügung. „Die Neue Arbeit Ittetal ist weiter in Gefahr, wir als Caritas haben die rechtliche Betreuung eingestellt, Frühbetreuung in Schulen wird reduziert und die Migrationsberatung der Awo soll eingestellt werden“, nennt Christoph Humburg weitere Einschnitte. Auf der anderen

Seite wachse der Bedarf an Hilfen, etwa bei den Anträgen für Pfändungsschutzkonten der Schuldner- und Insolvenzberatung beispielsweise alleine in diesem Jahr um ein Drittel. „Wir haben große Sorge, dass Menschen, die nicht mehr auf die staatlichen Institutionen vertrauen können, das bei der nächsten Wahl zum Ausdruck bringen werden“, so Kilp.

Deshalb müsse schnellstmöglich gegengesteuert werden. Die Wohlfahrtsverbände

richten die Forderung dabei in erster Linie an das Land, aber auch Bund und Kommune seien in der Verantwortung, die Stadt beispielsweise bei der Sicherstellung des Offenen Ganztags an den Grundschulen.

Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege seien ja vom Staat verpflichtet, subsidiäre Aufgaben in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit zu übernehmen. „Und für jeden Euro, den wir von Kommune

oder Land bekommen, holen wir ja zusätzliches Geld über andere Fördermittel in die Stadt“, betont Humburg.

Aber jetzt sei man am Limit, sprechen die Vertreter nicht nur für die sechs Verbände der AG Freie Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Jüdische Kultusgemeinde und Der Paritätische), sondern auch für die 33 Vereine im Forum Jugend und Soziales.

Bei den geplanten Kundgebungen in Düsseldorf und Solingen hoffe man auf große Unterstützung aus der Bevölkerung. „Die Menschen gehen nicht für die Wohlfahrtspflege, sondern für sich selbst auf die Straße, weil alle betroffen sein werden, wenn das System crasht“, so Humburg. Man wolle nicht polarisieren, sondern Klartext reden und an Lösungen mitwirken, so Kilp. „Wir haben sonst keine Idee mehr, wo man an der zu kurzen Decke noch zupfen kann.“

Termine

► **Düsseldorf:** Donnerstag, 19. Oktober, 11.55 Uhr, Protest vor dem NRW-Landtag.

► **Solingen:** Samstag, 21. Oktober, 12 Uhr: Protestaktion AG Freie Wohlfahrtspflege und Forum Jugend + Soziales vor dem Rathaus, Gang zum Fronhof mit Kundgebung.